

Polen vor dem Neuanfang?

- Dr. Zbigniew Wilkiewicz (GESW e.V. Vlotho)
- Vortrag bei der DPG Bielefeld in der VHS Bielefeld
 - 07. November 18.30

POLEN VOR DEM NEUANFANG?

Wahlen zum polnischen Sejm und Senat 13. Oktober 2023: deutliche Mehrheit des Bündnisses unter Donald Tusk (PO) über die seit über acht Jahren regierende Vereinigte Rechte unter Führung Jarosław Kaczyńskis (PiS)

Hohe Erwartungen an die seit dem 13. Dezember 2023 amtierende neue Regierung:

Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit

Entschärfung der gravierenden Spaltung der Gesellschaft

Verbesserung der angespannten Beziehungen zur Europäischen Union und zu Deutschland

Rückblick: Gespaltene Gesellschaft:

Niedergang des real existierenden Sozialismus: Wirtschaftsliberale Transformation der polnischen Gesellschaft (Schocktherapie Balcerowiczs)

Spaltung in Gewinner und Verlierer der Transformation, Stadt-Land und West-Ost-Gefälle

Erholung und Wirtschaftswachstum nach EU-Beitritt 2004

Gleichzeitig hohe soziale Kosten mit hoher Arbeitslosigkeit und Arbeitsmigration, nicht nur Erntehelfer und Altenpflegerinnen, sondern auch brain drain nach D, GB, Irland

Antiliberalismus, nationale Geschichtspolitik

- Nationalkonservative Opposition und die konservativen Kirchengipfel prangern diese Zustände an:
- Nicht nur die postkommunistischen Eliten, mit denen man nach der Wende nicht entschieden genug abgerechnet hatte (Lustration), sondern auch die den westlichen Lebensstil propagierenden globalisierungsfreundlichen Liberalen, die bereit waren, „Polen zu einer Kolonie der EU“ zu machen, sind unversöhnliche Gegner
- In der Diktion der Vereinigten Rechten sind sie „unpolnisch“, indem sie der Säkularisierung der Gesellschaft, der „sexuellen Befreiung“, der „Emanzipation der Frauen“, der „LGBT-Bewegung“ und dem „Genderismus“ das Wort redeten.
- PiS kündigte, das bis dahin geltende Abtreibungsrecht zu verschärfen, den linken, liberalen Sexismus / Genderismus zu bekämpfen und den „wahren Werte der Polen“, Patriotismus, Katholizismus, den Kult um die polnische Opfer- und Heldenrolle in der europäischen Geschichte den gebührenden Platz einzuräumen.
- In der Geschichtspolitik: Akzentuierung der russischen/sowjetischen Verbrechen an den Polen (Russifizierung, Katyn) der preußischen Polenpolitik und des nationalsozialistischen Vernichtungskriegs in Polen sowie die negative Polenpolitik der verbündeten Großmächte Russland und Deutschland
- Deren aktuelle Neuauflage (Nord Stream und Nord Stream II sowie der deutsche Sonderweg gegenüber einem immer aggressiver werdenden Russland (Wandel durch Handel, Modernisierungspartnerschaft, Schröder, Steinmeier, Gabriel, aber auch Merkel) kritisierte man im In- und Ausland scharf.

PO vs. PiS

- Konkurrenz zweier großer politischer (liberal-konservativ PO und national-konservativ PiS, beide aus Restmasse der Solidarność)
- Massive Verluste der Linken, die noch nach der Transformation eine Regierung bilden und einen Präsidenten stellen konnte (Unter Aleksander Kwaśniewski existenziell wichtiger NATO-Beitritt 1999 und EU-Beitritt 2004)
- Erfolgreiches Wirtschaftswachstum unter den Regierungen von Donald Tusk (2007-2015): BIP Polens stieg sogar während der seit 2008 einsetzenden weltweiten und gesamteuropäischen Wirtschaftskrise stetig
- Ergebnis neoliberaler Wirtschaftspolitik, Kehrseite: wichtige soziale Reformen (Rentensystem, Wohnungsbau, Gesundheitswesen) wurden nicht vorangebracht: Unmut in weiten Kreisen der Gesellschaft
- Von dem deklarierten Ziel einer „sozialen Marktwirtschaft“ war man weiterhin weit entfernt
- Die Unzufriedenheit der Transformationsverlierer wuchs und wurde nunmehr von der nationalkonservativen PiS – wie schon zwischen 2005-2007 – instrumentalisiert
- Damals hatte die PiS mit der populistischen „Samoobrona“ und der „Liga polnischer Familien“ ein ultrakonservatives, EU-feindliches Regierungsbündnis geschmiedet, das aber 2007 zerbrach

Absolute Mehrheit der PiS, Aggression Russlands, Flüchtlingskrise

<https://images.app.goo.gl/dj4BgvxspcHwRAjM8>

- Wahlsieg der PiS im Jahre 2015, absolute Mehrheit im Sejm, Andrzej Duda Staatpräsident
- Tusk zu diesem Zeitpunkt bereits Präsident des Europäischen Rats, PO wird Opfer einer wahrscheinlich von Russland initiierten Abhöraffaire: Landesweiter Skandal, Regierungspolitiker verloren ihre Ämter, darunter auch der aktuelle Außenminister Sikorski
- Proteste der Opposition und Zivilgesellschaft wegen Verfassungsverstößen blieben unwirksam: PiS hatte absolute Mehrheit und den PiS-nahen Präsidenten Andrzej Duda im Rücken
- PiS in engem Bündnis mit der polnischen Kirchenhierarchie: Unterstützung kirchlicher Initiativen und Projekte, Reduktion der Mittel für gemäßigte oder liberale Institutionen. Nationalkonservative Bildungsprogramme an Schulen und Unis, entsprechende Personalpolitik
- Soziale (Kindergeld 500+) und nationale Versprechen der PiS, „polnische Interessen“ offensiver zu vertreten und polnische Firmen besser zu schützen, kamen bei ärmeren Bevölkerungsschichten gut an
- Verheißungsvoller Morawiecki-Plan: mehr Innovationen, Forschungsförderung, Bürokratieabbau, Expansion polnischer Firmen im Ausland, Förderung strukturschwacher Regionen, Stärkung der kapitalgedeckten Altersvorsorge. Nach dem Zusammenbruch vieler Industrien nach 1989 „Reindustrialisierung Polens“, nach deutschem ordoliberalen Vorbild in Polen soziale Marktwirtschaft
- Außenpolitisch war es die Aggression Russlands in der Ukraine (2014) und die Flüchtlingskrise (deutsche Grenzöffnung und die Forderung nach Umverteilung der Geflüchteten) die für den Erfolg der PiS mitentscheidend waren
- Propagiert wurde Stärkung der eigenen Sicherheit und Ablehnung der Aufnahme von Flüchtlingen: „kulturfremde Schmarotzer“, „Kriminelle oder Terroristen“

Instrumentalisierung der Flugzeugkatastrophe von Smolensk

- Trauma für die gesamte Nation 2010 Flugzeugkatastrophe bei Smolensk, als ein polnisches Regierungsflugzeug, mit dem Staatspräsidenten, Lech Kaczyński, dem Zwillingsbruder von Jarosław und weiteren hohen Würdenträgern an Bord, unter ungeklärten Umständen abstürzte und 96 Todesopfer forderte
- 2011 erklärte die offizielle Untersuchungskommission (Jerzy Miller) ihre Arbeiten für abgeschlossen, für einen (russischen) Anschlag gab es keine Beweise
- Die PiS setzte unter dem umstrittenen Ex-Verteidigungsminister Antoni Macierewicz von 2018-2023 dennoch eine spezielle Untersuchungskommission ein, die trotz mangelnder Indizien das Ziel hatte einen Anschlag nachzuweisen
- Der Kult um Lech Kaczyński wurde von der PiS öffentlichkeitswirksam gepflegt und so zu einem propagandistischen Dauerbrenner, der die polnische Gesellschaft nachhaltig spaltete. Besonders die PO und Tusk wurden für die Katastrophe verantwortlich gemacht. Ende Oktober 2024 legte eine Kommission zur Untersuchung der Aktivitäten der Macierewicz-Kommission ihre Ergebnisse vor und schaltete die Staatsanwaltschaft ein, die Vorwürfe sind gravierend: Veruntreuung von Mitteln, Manipulation von Beweismitteln und nicht genehmen Gutachten, um die Anschlagstheorie aufrecht erhalten zu können
- Zur Erinnerung: Die Opfer waren auf dem Weg zu einer Gedenkveranstaltung, bei dem den 1940 vom sowjetischen Geheimdienst ermordeten polnischen kriegsgefangenen Offiziere gedacht werden sollte. Ministerpräsident Donald Tusk war einige Tage zuvor mit Putin zusammengekommen und hatte gemeinsam mit dem russischen Ministerpräsidenten an der Gedenkstätte in Smolensk einen Kranz niedergelegt. Damals hoffte man angesichts dieser Katastrophe auf einen Reset der polnisch-russischen Beziehungen

Antideutsche Politik /Erzfeind Tusk

<https://images.app.goo.gl/Dm4RfPc5qEXSD4CPA>

- Wiederauflage von Reparationsforderungen an Deutschland in dreistelliger Milliardenhöhe, Reduktion der deutsch-polnischen Beziehungen auf ein Minimum
- Kaczyński stilisierte das mit Polen in der EU und NATO verbündete Deutschland als Gegner, dessen Bündnistreue – besonders nach dem 24.2.2022 – zweifelhaft sei, da es Polen gemeinsam mit Putins Russland zum Vasallen machen wolle
- Exekutor dieser antipolnischen Politik seien innere Feinde, die antipolnische linke und liberale Opposition um den verhassten Donald Tusk, der in Warschau und Brüssel nicht die polnischen, sondern die deutschen Interessen vertreten habe
- Brutale Angriffe gegen Tusk, der fast alltäglich im Regierungsfernsehen TVP als Landesverräter und als „deutscher Politiker“ in einer durch Deutschland dominierten EU (Viertes Reich) verunglimpft wurde („Für Deutschland“)
- Versuch der PiS , den von der USA finanzierten privaten Fernsehsender TVN auszuschalten misslang
- Überregionale liberale Printmedien blieben (Gazeta Wyborcza) erhalten: Gleichschaltung der Medien im Unterschied zu Ungarn nur unvollständig
- Wegen Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit Frauen- und Bürgerproteste (KOD) und Klagen beim Europäischen Gerichtshof

EU als Feind polnischer Interessen: Migration, Energie, Vorrang des EU-Rechts

- Schulterchluss der PiS mit extrem rechten europäischen Parteien in Ungarn, Deutschland, Frankreich und Italien: Gegen eine Vertiefung der europäischen Integration und deren Föderalisierung
- In den Regierungsmedien Kritik an der EU wegen ihrer Migrations- und Energiepolitik (regenerative statt fossiler Energie und Atomkraft) sowie ihres „linken Libertinismus“.
- EU wolle die Selbstständigkeit Polens unterhöheln: Infragestellung der Verbindlichkeit des EU-Rechts, Verstöße gegen Rechtsstaatlichkeit, Widerstand gegen die Mahnungen und Weisungen Brüssels (Venedig-Kommission).
- Schließlich eröffnete die EU-Kommission im Juli 2017 ein Verfahren zur Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit gegen Polen. Mögliche Sanktionen bis hin zum Entzug des Stimmrechts für Polen
- Allerdings kündigte Ungarn mehrfach die Blockade eines solchen Einstimmigkeit erfordernden EU-Beschlusses an
- Drohung mit der Kürzung von EU-Mitteln, aber entschiedener Widerstand des damaligen Ministerpräsidenten Morawiecki, der sich zu der These verstieg, dass Polen ob seiner guten Wirtschaftsdaten nicht auf EU-Mittel angewiesen sei

Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit?

- Zwischen 2015 und 2023 Beschädigung des Rechtsstaats durch die regierenden Vereinte Rechten (PiS, Polska Solidarna)
- Im Sejm mit großer Mehrheit beschlossene Gesetzesänderungen, die durch die Unterschrift des aus der PiS hervorgegangenen Staatspräsidenten, Andrzej Duda, Gesetzeskraft erhielten
- Veränderung der personellen Zusammensetzung des für die Auswahl der Richter zuständigen **Landesjustizrats**. Dessen 25 Mitglieder werden seit der Gesetzesnovelle Ende 2017 nicht mehr nur von Richtern ausgewählt, sondern zu zweit Dritteln (15) vom Sejm
- Gefährdung der Unabhängigkeit der Richter durch die Einrichtung einer Disziplinarkammer am Obersten Gericht (2017), was auch durch mehrere Urteile des Europäischen Gerichtshofs zwischen 2019 und 2023 bestätigt wurde. Trotzdem: Gravierende Disziplinarmaßnahmen gegen unbotmäßige Staatsanwälte und Richter: Bespitzelungen, Abberufungen, Versetzungen und Amtsenthebungen durch den besonders radikal operierenden Justizminister und Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro, der die Expertise polnischer Rechtswissenschaftler und Urteile des EG ignorierte
- Zusammensetzung des **Verfassungstribunals** verstößt seit November 2015 gegen die Verfassung, dessen Urteile sind deshalb nicht bindend, so der Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Mai 2021: Wahl dreier neuer Richter, der sog. Doubles, erfolgte nicht rechtmäßig
- Verfassungstribunal wird aber weiterhin von PiS-affinen von Richtern (Vorsitzende Julia Przyłębska) dominiert, neue Gesetzesentwürfe der Regierung Tusk, die im Parlament verabschiedet wurden, scheitern am Veto des Präsidenten oder an den Urteilen des nicht verfassungskonformen Verfassungstribunals
- Auch der Gesetzesentwurf zur Reform des durch die PiS politisierten Verfassungstribunals, das am 12. September 2024 von der Mehrheit des Sejms und Senats verabschiedet wurde, hat wenig Chancen Gesetzeskraft zu erlangen, da er entweder am Veto des Präsidenten oder an der Ablehnung des weiterhin verfassungswidrig agierenden Verfassungstribunals

Fazit

Man kann davon ausgehen, dass dieses Patt als eine Art „Rechtsdualismus“ bis zur Präsidentenwahl im August 2025 fortbestehen wird. Aber: Da die Urteile des Verfassungstribunals im Amtsblatt nicht veröffentlicht werden, haben sie keine Gültigkeit. Gleichzeitig pocht Präsident Duda jedoch darauf, dass sie rechtens sind. Er beschuldigt die Regierung Tusk des Verfassungsbruchs und autoritärer Methoden. Die Regierung Tusk hat also erhebliche juristische Probleme zu lösen und muss dabei das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit wahren.

Normalisierung der Medienlandschaft?

- PiS baute seit Machtübernahme im Jahre 2015 die polnischen Medien um. Die Informationssendungen des TVP betrieb einseitige und polemische Regierungspropaganda auf niedrigstem Niveau
- Man brachte den **Nationalen Rundfunk- und Fernsehrat (Krajowa Rada Radiofonii i Telefonii)** unter Kontrolle und setzte ihn verfassungswidrig schachmatt
- Im Sommer 2016 schuf man den **Rat Nationaler Medien (Rada Mediów Narodowych)**, der die Intendanten des Fernsehens, des Radios und der Polnischen Presseagentur (PAP) beruft und entlässt, und besetzte ihn mit Parteigängern
- Aufkauf regionaler Presseorgane (mit deutschem Mehrheitskapital) durch den der Regierung zuarbeitenden Orlen-Konzern, „Repolonisierung“ der Medien
- Versuch den der amerikanischen Warner-Gruppe angehörenden Privatsender TVN und TVN 24 auszuhebeln, da man den Sendern regierungsfeindliche Propaganda vorwarf. Bemühen, die Medien nach ungarischem Vorbild zu monopolisieren
- Die Entpolitisierung der Medien wurde nach dem Regierungsantritt Tusks durch den zuständigen Minister für Kultur und nationales Erbe, Bartłomiej Sienkiewicz, eingeleitet. Er berief am 19. Dezember 2023 die Aufsichtsräte des Polnischen Fernsehens, des Polnischen Rundfunks und der PAP ab. Dies war hoch umstritten und stieß auf den erbitterten Protest der PiS-Opposition und des Präsidenten
- PiS organisierte Protestmärsche für den Erhalt der Pressefreiheit, was angesichts der Tatsache, dass man selbst jahrelang Propaganda betrieben und journalistische Standards gebrochen hatte, absurd anmutete

Vorläufiges Fazit

Inwiefern es der neuen Regierung gelingen wird, die öffentlich-rechtlichen Medien zu entpolitisieren, wird die Zukunft zeigen. Sicherlich ist aber feststellbar, dass die von TVP ausgestrahlten Nachrichtensendungen inzwischen weit weniger propagandistisch aufgeladen sind als zu Zeiten der PiS-Regierung.

Inzwischen hat PiS aber wieder eine eigene Fernsehstation, TV Republika, die eine ähnlich Propaganda wie vor dem Regierungswechsel betreibt und die Legalität und Glaubwürdigkeit der polnischen Regierung unter Tusk systematisch in Frage stellt... Etwa im Bezug auf den Anschlagsmythos von Smolensk, der der PiS weiterhin als Basisnarration dienen soll

Rozliczenia, Abrechnungen: Affären Kamiński-Wąsik/ Pegasus/Visa/Orlen-Obajtek

[Maciej Wąsik- Suchen Bilder](#)

- Die neue Regierung hatte vor ihrer Wahl angekündigt, die Verfehlungen der PiS-Regierung zu ahnden
- Spektakulär war zu Jahresbeginn die Auseinandersetzung um zwei ranghohe Politiker aus dem PiS-Lager, um den Innenminister und Koordinator der Geheimdienste Kamiński und seinen Staatssekretär Wąsik. Das Warschauer Kreisgericht verurteilte beide im Rahmen eines Berufungsverfahrens am 20. 12. 2023 zu zwei Jahren Haft.
- Beide hatten bereits viel früher wegen der sog. Boden-Affäre vor Gericht gestanden, wurden aber 2015 vor der Urteilsverkündung von Präsident Duda begnadigt. Höchst zweifelhaft, da eine Begnadigung eigentlich nur nach einem rechtsgültigen Urteil erfolgen kann. So aber blieben beide unbehelligt und übten weiterhin ihre ranghohen Ämter aus.
- Nach der Urteilsverkündung vom 20.12. 23 protestierten die PiS und Staatspräsident Duda gegen die Verurteilung der beiden und stellten das ganze Verfahren als politischen Racheakt gegen Kamiński und Wąsik dar. Ungeachtet dessen verloren Kaminski und Wąsik aufgrund ihrer Verurteilung ihren Status als Sejm-Abgeordnete und mussten nach langen Querelen die Haft antreten.
- Da sie aber weiterhin darauf bestanden hatten, Abgeordnete zu sein und widerrechtlich an Sejm-Sitzungen teilgenommen hatten, wurde ein weiteres Verfahren gegen sie eingeleitet. In Haft blieben sie nicht allzu lange, denn sie wurden von Präsident Duda am 23. Januar 2024 abermals begnadigt. Inzwischen sind beide für die PiS ins EP eingezogen, wo sie sich allerdings nicht sicher fühlen können, weil vom polnischen Justizminister und Generalstaatsanwalt, Adam Bodnar, Ende Juli 2024 die Aufhebung ihrer Immunität beantragt wurde. Sollten sie wegen der Usurpation eines öffentlichen Amtes vor Gericht gestellt und verurteilt werden, droht ihnen eine Strafe von bis zu 5 Jahren Freiheitsentzug.

Pegasus-Affäre

<https://images.app.goo.gl/bXirCqQmcP7QohE66>

- Unabhängig davon sind sie neben dem Ex-Justizminister Ziobro wichtige Protagonisten in der sog. Pegasus -Affäre. Die von der PiS vom israelischen Geheimdienst erworbene äußerst effektive Spyware Pegasus, die für den Einsatz gegen Organisierte Kriminalität und Terrorismus bestimmt ist, wurde ganz offensichtlich durch von der Kamiński und Wąsik unterstehenden Zentralen Antikorruptionsbehörde (CBA) zum Ausspionieren unliebsamer Oppositionspolitikern benutzt. Ein speziell zu Pegasus eingesetzter Untersuchungsausschuss des Senats stellte nach Vernehmung zahlreicher Zeugen in seinem Abschlussbericht vom September 2023 erhebliche Verfehlungen der zwischen 2015 und 2023 verantwortlichen Politiker der PiS fest. Seitens der von der PiS gesteuerten Justizbehörden unter dem Justizminister und Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro blieb man allerdings untätig. Die Pegasus-Affäre, die in Polen hohe Wellen schlägt, wird auch als **polnisches Watergate** bezeichnet:
- <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/polen-spionage-pegasus-smartphone-100.html>
- Der nach den vom Tusk-Lager gewonnenen Wahlen vom Sejm gebildete Untersuchungsausschuss zur Prüfung der Rechtmäßigkeit des Erwerbs und des Einsatzes von Pegasus kam nach zahlreichen Sitzungen zu ähnlichen Ergebnissen wie die Senatskommission. Inzwischen nehmen die von der PiS entsandten Kommissionsmitglieder nicht mehr an den Sitzungen teil, PiS-Verantwortliche, die als Zeugen einbestellt werden, erscheinen nicht im Untersuchungsausschuss, denn das von der PiS kontrollierte Verfassungstribunal erklärte die Aktivitäten des Untersuchungsausschusses im September 2024 für verfassungswidrig und damit für nichtig. Ungeachtet dessen setzt die Kommission ihre Arbeit fort. Über die Legalität ihrer Aktivitäten wird im Sejm weiterhin trefflich gestritten...

Ahndung von Korruption und Nepotismus

<https://images.app.g>

- Der Untersuchungsausschuss zur Pegasus-Affäre steht exemplarisch für den Versuch der Tusk-Regierung die offenkundigen rechtsstaatlichen Verfehlungen, etwa die sog. Visa-Affäre, die auch in Deutschland hohe Wellen schlug, der Vorgängerregierung aufzudecken und vor Gericht zu ahnden.
https://www.google.de/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://www.youtube.com/watch%3Fv%3Dkhd8rHuVX-U&ved=2ahUKEwj29_i_y9uIAxX84gIHHW08IEIQtwJ6BAgOEAI&usg=AOvVaw0G3yRkg1dNSChZNSKo1POT
- Daneben gilt es auch, die von der PiS-Regierung betriebene Besetzung hoher Leitungs-Verwaltungs- und Aufsichtsratsposten mit „eigenen Leuten“, rückgängig zu machen, alleine schon deshalb, weil es sich hierbei in der Regel um die Belohnung besonders loyaler Gefolgsleute der PiS handelte, bei denen die fachliche Qualifikation eine untergeordnete Rolle spielte.
- Bereits 2018 wurde deutlich, dass Kaczyński ganz ähnlich wie Orban in Ungarn und Putin in Russland bestrebt war, sich die Wirtschaft und die Manager großer Unternehmungen mit staatlicher Beteiligung, besonders im Energiesektor, gefügig zu machen:
- „Das polnische Wochenmagazin „Newsweek“ schreibt, Parteichef Kaczynski wolle sich eine Klasse ihm ergebener Oligarchen heranziehen und so Kontrolle über Banken, Medien und andere Unternehmen gewinnen – wie Viktor Orban das in Ungarn vorgemacht habe. Die Loyalisten kennen sich untereinander, kooperieren in Seilschaften und schancen sich ebenso einflussreiche wie einträgliche Posten zu. Die „Gazeta Wyborcza“ berichtet, Nationalbankchef Glapiński habe Kacpar Kamiński, dem Sohn des Geheimdienstkoordinators Mariusz Kamiński, einen hohen Posten bei der Weltbank beschafft, obwohl die professionelle Eignung fehle. (Christoph von Marschall, Der Tagesspiegel. 24. 11. 2018)

Obajtek, Glapiński u.a.

<https://images.app.goo.gl/2oaqQwiejMBaTC2DA>

- Die jüngsten Skandale um den Abgeordneten des EP Czarnecki (gefälschte Fahrtkostenabrechnungen) oder den Priester und berühmt-berüchtigten Exorzisten Olszewski sind besonders spektakulär, stellen aber nur die Spitze des Eisbergs dar.
- Die schwindelerregende Karriere des Ex-Chefs des milliardenschweren Energiekonzerns Orlen, Daniel Obajtek, den momentan noch die Immunität als Abgeordneter des EP schützt, ist ein beredtes Beispiel für Nepotismus, Bestechlichkeit und Korruption. Der staatseigene Konzern wurde unter der PiS-Regierung zu einem Hauptsponsor und Unterstützer der Kaczyński-Partei, unter der Regie Obajteks kam es in den letzten Jahren zu äußerst fragwürdigen Transaktionen und Verkäufen, die von der Obersten Kontrollbehörde (NIK) beanstandet wurden. Obajtek wird wie zahlreiche andere Granden der Vereinigten Rechten damit rechnen müssen, dass gerichtliche Verfahren gegen ihn eingeleitet werden.
- Dasselbe gilt für den Chef der Polnischen Nationalbank Glapiński, dem ein Staatsgerichtsverfahren droht. Ihm wird vorgeworfen, die Unabhängigkeit der Nationalbank zerstört und das primäre Ziel der NBP, die Inflationsbekämpfung, vernachlässigt zu haben. Außerdem habe er sich in den Wahlkampf zum Sejm eingemischt und falsche Angaben über die finanziellen Ergebnisse der Bank gemacht. Inzwischen hat der Verfassungstribunal unter Leitung der PiS-treuen Richterin Przyłębska entschieden, dass Glapiński nicht vor dem Staatsgerichtshof belangt werden dürfe und die diesbezügliche Initiative des Sejms und des Generalstaatsanwalts nicht verfassungskonform sei. Hier ist das letzte Wort allerdings auch noch nicht gesprochen, denn die neue Regierung Tusk erkennt das Verfassungstribunal nicht an und folglich werden dessen Urteile nicht im Amtsblatt veröffentlicht, was bedeutet, dass sie keine Gültigkeit erlangen.

Normalisierung der Beziehungen zur EU

- Die polnische Regierung unter Donald Tusk hat angekündigt ihre Beziehungen zur EU normalisieren zu wollen. Tusk erreichte sehr bald nach den Wahlen in Brüssel einen ersten großen Erfolg, als die EK ankündigte, die gegen Polen verhängten Sanktionen (Nichtauszahlung von Fördermitteln aus dem Corona-Fonds) im Falle einer Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit auszusetzen. Dies war Ergebnis der Bemühungen, die besonders von Justizminister Bodnar vorangetrieben werden, der bereits am 21. Februar 2024 auf der Sitzung „des EU-Rates Allgemeine Angelegenheiten“ einen Aktionsplan zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit vorlegte:
- **Lösung der Probleme des Landesjustizrats, des Obersten Gerichts und des Verfassungstribunals, Lösung der Krise an der polnisch-belarussischen Grenze, Behandlung von Flüchtlingen gemäß polnischen und internationalem Recht. Der Aktionsplan besteht aus zwei Teilen: erstens, Maßnahmen, die ohne die Verabschiedung von Gesetzen ergreifen kann und zweitens legislative Maßnahmen, die Gesetzgebung erfordern und erst 2025 zum Zuge kommen.**
- Schon am 13. Dezember – also am Tag ihres Amtsantritts, wurde der Antrag auf den Beitritt zur Europäischen Staatsanwaltschaft gestellt. Es wurden inzwischen zehn Gesetzesprojekte vorbereitet. **Dies ist von symbolischer, aber auch praktischer Bedeutung. Sollten die Präsidentschaftswahlen im Mai 2025 negativ für die PiS ausfallen, stehen die von Sejm und Senat verabschiedeten Projekte zur schnellen Aufnahme in das polnische Rechtssystem bereit.**
- **Am 29. Mai 2024 entschied die EK das 2017 begonnene Prozedere nach Art. 7 des EU-Vertrags gegen Polen einzustellen.** Polen habe den Vorrang des EU-Rechts anerkannt und sich verpflichtet, des Europäischen Gerichtshofes und des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zur Rechtsstaatlichkeit, inklusive der Unabhängigkeit der Gerichte, umzusetzen. Bezugspunkt für diese Stellungnahme der EK war die von Justizminister Adam Bodner vertretene Strategie. **Damit werden auch die erheblichen, von der EU zurückgehaltenen Strukturfondsmittel in Höhe von ca. 75 Mrd. Euro wieder nach Polen fließen können.**

Deutsch-polnische Beziehungen in Zeiten schwindender äußerer Sicherheit

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/scholz-tusk-warschau-102.html>

Während es Tusk gelungen ist die Beziehungen zur EU zu verbessern und kürzlich auch beim Thema Migration / Asylrecht Gehör zu finden, gibt es in den Beziehungen zu Deutschland zahlreiche offene Fragen. Zwar gab es in den letzten Monaten gegenseitige Arbeitsbesuche und Absichtserklärungen (Gemeinsamer Aktionsplan, Juli 2024) gegeben und auch der Umgangston verbesserte sich erheblich...

Aber: Trotz intensiver wirtschaftlicher Beziehungen, zahlreicher partnerschaftlicher Kontakte von Städten und Schulen, intensiver Bemühungen bei der Aufarbeitung der neuesten Geschichte, ist das gegenseitige Wissen über und die Empathie für den deutschen/polnischen Nachbarn ausbaufähig

Erste Schritte: Neuformulierung der deutschen Ostpolitik, um die eigene Verteidigungsfähigkeit und die der NATO-Ostflanke zu verbessern. Dies bietet die Basis, um in Polen verlorengegangenes Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Umsetzung des deutsch-polnischen Aktionsplans: Rolle der Geschichte (Deutsch-polnisches Haus in Berlin), Erweiterung der EU (Westbalkan), interner Reformprozess der EU, Ausbau wirtschaftlicher Beziehungen (Wettbewerbsfähigkeit)

Angesichts der anhaltenden russischen Bedrohung ist es notwendig, dass Deutschland im Einklang mit Polen eine gemeinsame Ostpolitik entwickelt. Gepaart mit dem festen Willen, die Ukraine gemeinschaftlich beim Wiederaufbau zu unterstützen und sich mit aller Entschiedenheit für eine realistische, gleichzeitig aber möglichst zügige Integration des Landes in die EU und NATO einzusetzen.

Dies hat auf deutscher Seite aber auch eine modifizierte Wahrnehmung und Praxis gegenüber dem verbündeten Nachbarland zur Voraussetzung: „Polen ist heute kein Juniorpartner mehr, den wir großzügig in die europäische Familie coachen. Nicht nur Polen, die der PiS nahestehen, erwarten von uns, dass wir überkommene Stereotype hinter uns lassen und Polen Anerkennung, Engagement und Interesse entgegenbringen. Wir müssen zeigen, dass wir die Lehre aus unserer verfehlten Russlandpolitik tatsächlich umsetzen und Polen und die anderen östlichen Nachbarn stärker einbeziehen. Es ist Zeit, auf Polen als vollwertigen Partner deutscher Außenpolitik zuzugehen.“ (Arndt Freytag von Loringhoven: Auf Augenhöhe mit Polen. In: FAZ, 30.10.2023, S.8)